

Drucken

Nachrichten: Tübingen

09.07.2008

Weltweit Geld wie Heu

Zur Armutsbekämpfung setzen die Grünen auch auf Umverteilung der Arbeit

Was hilft gegen Armut? Eine internationale öko-soziale Marktwirtschaft, sagt Heiner Geißler (CDU). Bis es sie gibt, braucht man wenigstens höhere Hartz-IV-Sätze – oder gleich ein bedingungsloses Grundeinkommen für jeden, wie es die Grünen fordern.

Bilderstrecke starten: Klicken Sie auf ein Bild



4 Bilder

Tübingen. Sei es, weil Winfried Hermann mit Heiner Geißler (CDU) einen zugkräftigen Redner eingeladen hatte, sei es, weil das Thema „Arm unter Reichen“ viele bewegt: An die 200 Zuhörerinnen und Zuhörer drängten sich am Montag beim Grünen-Podium der Reihe „Wie geht's nach morgen?“ im Saal des „Casino“. Viele diskutierten mit. Neben Grünen waren Sozialdemokraten, CDU-Leute und Mitglieder der Linken gekommen, außerdem Interessierte aus dem gewerkschaftlichen Spektrum und dem Umfeld der Kreisarmutskonferenz. „Es ist uns wirklich gelungen, die soziale Frage parteiübergreifend zu diskutieren“, freute sich Moderator und Gastgeber Winfried Hermann am Ende.

Verhältnisse wie in den USA

Trotz unterschiedlicher Ansätze waren sich CDU-Mann Geißler und die Grünen-Vertreter in vielen Punkten einig: Mit einer gerechteren Marktordnung könnte die weltweite Armut überwunden werden, es gibt genug Geld. Man braucht Mindestlöhne – wobei die Grünen für gesetzliche plädieren, Geißler hingegen tariflichen den Vorzug gibt. Hartz IV war ein Fehler, weil es die Würde der Menschen antastet.

Armutsforscher Wolfgang Strengmann-Kuhn, seit bald drei Jahren für die Grünen im Bundestag, nannte Zahlen. Zwischen 2000 und 2005 ist der Anteil der Armen an der deutschen Bevölkerung auf das Anderthalbfache gestiegen, so dass 15 Millionen Menschen betroffen sind – unter ihnen vier Millionen Erwerbstätige, von denen viele Vollzeit arbeiten. „Das ist eine dramatische Entwicklung, wie sie die Armutsforschung noch nicht beobachtet hat“, sagte der habilitierte Wirtschaftswissenschaftler: „Wir wollten eigentlich keine Verhältnisse wie in den USA oder Großbritannien.“

Beate Müller-Gemmeke aus Pliezhausen, Sozialpolitikerin im Grünen-Landesvorstand, zeichnete ein „neues Bild von Arbeitslosigkeit“. Es gebe tatsächlich weit mehr als die 3,1 Millionen Arbeitslosen in der offiziellen Statistik. Nur noch 19,7 Millionen Erwerbstätige hätten ein normales Arbeitsverhältnis, prekäre Beschäftigung nehme zu. „Es gibt zu wenig Arbeit, und die vorhandene Arbeit ist oft zu schlecht bezahlt. Die Schere wird immer größer, Unsicherheit und Angst breiten sich immer mehr in der Gesellschaft aus.“

Heiner Geißler betrachtete Armut vor einem „philosophischen Hindergrund“. Wenn ein Bandarbeiter nach 30 Jahren wegen Management-Fehlern arbeitslos werde, müsse sich der

Mann nach einem Jahr behandeln lassen „wie ein Alkoholiker, der noch nie einen Hammer in der Hand hatte“. Er werde in seiner Würde verletzt, „Hartz IV ist die in Paragrafen gegossene Missachtung von Lebensleistung“.

Die Verantwortlichen in der Wirtschaft hätten die ethischen Grundlagen weitgehend verloren. Mit der Globalisierung habe sich eine Philosophie durchgesetzt, die keinen geordneten Wettbewerb kennt. Der Mensch werde diskriminiert, indem er zum Kostenfaktor gemacht wird: „Dann scheiden alle aus, die aus Sicht dieser Ideologie zu viel kosten.“ Dabei müsste Armut weltweit nicht sein, rechnete Geißler vor. 10 000 Dollar jährlich pro Kopf seien bei gerechter Verteilung möglich.

Allein eine Börsenumsatzsteuer von 0,02 Prozent könnte 600 Milliarden Dollar im Jahr einbringen. Mit diesem Betrag ließen sich fast alle Infrastrukturprobleme Afrikas lösen. „Es hängt nur vom politischen Willen ab, so etwas durchzusetzen“, sagte Geißler. Es gebe mehr Verbündete, als man denkt: „Wenn wir uns nicht wieder darauf besinnen, dass die Wirtschaft dem Menschen zu dienen hat, wird die Kluft zwischen Arm und Reich weiter auseinandergehen.“

Bilder: Metz

Das grüne Grundeinkommen

Nicht armutsfest und entwürdigend, weil an Bedürftigkeit geknüpft und mit Druck verbunden: Das ist die Hauptkritik der Grünen an Hartz IV. Der Landesverband fordert ein bedingungsloses Grundeinkommen. Im ersten Schritt sollen jedem Erwachsenen 420 Euro monatlich zustehen, Kindern 300 Euro. Pflegebedürftige oder Behinderte bekommen mehr. Das Modell soll sich durch eine Steuerreform finanzieren, bei der alle Freibeträge ersetzt werden. Der Steuersatz läge zwischen 35 und 45 Prozent (derzeit real im Durchschnitt 16 Prozent). Gleichzeitig soll die Sozialversicherung zur Bürgerversicherung mit Beiträgen auf alle Einkommen werden.